

Anzeige

365 Orte im Land der Ideen  
Jeden Tag eine Erfolgsgeschichte aus Deutschland

Heute wird ausgezeichnet:  
**Internationaler Abschluss**

Der Stuttgarter IT-Dienstleister GFT und die spanische IESE Business School ermöglichen Studenten einen internationalen Abschluss.

www.land-der-ideen.de  
Medienpartner  
**WELT**  
GRUPPE

## Kolumne

## Staatshilfe nur im Notfall



Otto Graf Lambsdorff

In der Krise waren die Eingriffe des Bundes alternativlos. Doch nun ist Umdenken angesagt

Immer deutlicher wird seit dem Beginn der weltweiten Finanzkrise, dass Politiker ein neues Steckpferd entdeckt haben: nämlich das, im Staatsauftrag Unternehmer zu spielen, in den Markt regelnd und kontrollierend einzugreifen, sich an Unternehmen zu beteiligen oder diese ganz zu übernehmen und qua politischem Akt am Leben zu erhalten. „Bei einer Staatsquote von 50 Prozent beginnt der Sozialismus“ soll Helmut Kohl einmal gesagt haben. Nun, bei 49 Prozent sind wir mittlerweile angekommen. Ist der Kapitalismus damit am Ende? Hat der Staatssozialismus am Ende doch gesiegt?

Aber auch der Kapitalismus in Form der Sozialen Marktwirtschaft erlaubt den starken Staat, der in Notlagen Rettungsdienste leistet. In der Finanz- und Wirtschaftskrise wurde und wird er gebraucht, und das weltweit. In den Industrieländern ist der Anteil der Staatsausgaben am Bruttoinlandsprodukt um fünf Prozentpunkte gestiegen. Der Anstieg in Deutschland ist mit vier Prozent noch moderat.

Ich meine: Noch sind die Grundlagen der Marktwirtschaft zweifellos unser Fundament. Aber das kann sich ändern, zeigen doch die neuen Koalitionäre bislang keine ausreichend klare Tendenz zum Sparen und zu ordnungspolitischen Handeln.

Der Sachverständigenrat hat da eine deutliche Mahnung an die Politik gerichtet: Die krisenbedingte Ausweitung der Staatsverschuldung war alternativlos, aber nun heißt es, das Ruder herumzureißen und zu verhindern, dass diese Staatsverschuldung zum Dauerzustand wird. Sonst ist keine konsistente wachstumsorientierte Politik möglich.

Das zeigt ein Blick auf die Zahlen: Der Marktanteil von Kreditinstituten, die direkt oder indirekt dem Staat zuzurechnen sind, liegt bei ungefähr 45 Prozent. Das ist viel zu hoch. Die Landesbanken sind überflüssig, die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) ein kaum noch steuerbarer, aufgeblähter Moloch. Krise hin oder her: Diese staatliche Einmischung im Bankensektor ist nicht kompatibel mit der staatlichen Pflicht zur Wahrung des All-

gemeinwohls, das ja auch ein wirtschaftliches ist. Hierzu kommen die Wirtschaftsunternehmen: Der Staat hält 14,7 Prozent an der Volkswagen AG, 31,5 Prozent an der Deutschen Telekom, nach wie vor 100 Prozent an der Deutschen Bahn, weitere 100prozentige Beteiligungen an vielen Messen und an Fraport. Und das nicht erst seit gestern. Denn schon zu Zeiten der zurzeit wieder viel beschworenen Deutschland AG war das Unternehmertum des Staates üblich.

Notwendig wäre, wenn der Staat schon ein Unternehmen hat, dieses auch wie ein Unternehmer zu führen. Und hier liegt meist der Hund begraben: Fehlt doch das Risiko des Scheiterns, dem sich ein normales Unternehmen aussetzt, das heißt, unternehmerisches, strategisches Denken wird letztlich nicht in der notwendigen Konsequenz verlangt. Es herrscht vielmehr das Denken in Wahlperioden mit der oft fatalen Konsequenz von Ineffizienz, Intransparenz, Schwerfälligkeit und Verschwendung, ob nun bei Landesbanken oder der Deutschen Bahn. Die Kontrollfunktion des Marktes fehlt ebenso wie die Kontrollfunktion der Bürger als Eignern: Dabei ist das Geld des Staates das Steuergeld der Bürger. Und dieses Geld gilt es treuhänderisch zu verwenden.

Dieses Leitbild existiert auch aus einem weiteren Grund nicht. Denn Schutz und Beteiligung gewährt der Staat in der Regel den Unternehmen, die Verlierer in ihren jeweiligen Märkten sind: also gerade nicht den gewinnversprechendsten Marktteilnehmern.

Ein Blick in die Geschichte zeigt, dass einmal geschützte Branchen immer geschützte Branchen werden. Das heißt, hier wird kein Unternehmen durch staatliche Mittel zu neuer Marktreife und -stärke gebracht, sondern dümpelt weiter in Agonie vor sich hin.

Das nützt nur denen, die sich in den ausgehaltenen Unternehmen oder in der Beteiligungsverwaltung gemütlich eingerichtet haben. Innovationen sind da nicht zu erwarten. Zukunftsfähigkeit sieht anders aus.

Was sollte der Staat also stattdessen tun? In Bezug auf die Banken muss jetzt eine Strategie zum Ausstieg aus der Bankenrettung erarbeitet werden, um den aufgespannten Schirm wieder schließen zu können. Wohlgeordnet: Nicht jede Regulierung ist falsch. Wenn sie zum Ziel hat, öffentliche Interessen zu berücksichtigen, die sonst vernachlässigt würden, ist ein Eingriff geboten. Das ist unstrittig. Das war zu Beginn der Finanzkrise der Fall.

Problematisch hingegen ist die Gefahr, dass sich kurzfristig angelegte Eingriffe zu einem staatsinterventionistischen Modell verfestigen.



BASF in Ludwigshafen ist der größte Chemiekonzern der Welt – doch neue Konkurrenz aus Asien und dem Nahen Osten wird die deutsche Industrie in den kommenden Jahren unter Druck setzen

## Gute Zahlen, bange Zukunft

Die deutsche Chemieindustrie feiert wieder Erfolge – Doch eine A.T-Kearney-Studie sieht bis zu 35 000 Jobs gefährdet

Von Frank Seidlitz

DÜSSELDORF – Das war noch nie passiert: Bereits Mitte Oktober stellte BASF völlig überraschend die Kennzahlen über sein drittes Quartal vor – Wochen zu früh, die Branche staunte. Doch der größte Chemiekonzern der Welt hatte einen allen Grund: Die Zahlen waren einfach zu gut, um sie noch länger unter Verschluss zu halten. Die Börse freute sich, der Aktienkurs der BASF legte ordentlich zu und zog die Werte der anderen deutschen Chemieunternehmen mit.

Und BASF kein Einzelfall. Ob Bayer, Henkel oder Merck – durch die weltweit steigende Nachfrage sieht die deutsche Chemiebranche nach einem trüben Jahr wieder einen Silberstreif am Horizont. „Wir sind sehr zufrieden, die Trendwende geschafft zu haben“, sagte Bayer-Chef Werner Wenning. Es sei jedoch zu früh, von einem sich selbst tragenden Aufschwung in der Industrie zu sprechen. Auch BASF-Chef Jürgen Hambrecht warnt vor zu viel Euphorie.

Wohl zu Recht, wie eine Studie der Unternehmensberatung A.T. Kearney zeigt: Im Extremfall könnten bis zu 35 000 Stellen in der deutschen Chemieindustrie auf dem Spiel stehen, warnen die Berater. „Die Krise ist in der chemischen Industrie noch nicht vollständig ausgestanden“, heißt es in der Studie. „Die Nachfrage wird frühestens im Jahr 2010 wieder nachhaltig anziehen.“ Und vermutlich erst 2012 werde wieder das Umsatzniveau erreicht, das vor dem Krisenjahr 2008 erreicht worden war.

Die Bundesrepublik ist einer der wichtigsten Chemiestandorte überhaupt. Die Branche ist mit ihren knapp 440 000 Mitarbeitern der viertgrößte Wirtschaftszweig in

Deutschland. Zusätzlich entfallen auf jeden direkten Arbeitsplatz in der Chemie 1,7 bis 2,5 Jobs in den Zulieferer- und Abnehmerindustrien – das sind weitere 700 000 bis 1,1 Millionen Arbeitskräfte.

Doch schon in den letzten Jahren hatte die Branche Federn lassen müssen. Durch neue Konkurrenten und die fortschreitende Globalisierung gingen bis 2007 jährlich zwei Prozent der Stellen in Deutschland verloren. Als eine der ersten bekam sie auch die Krise in der Automobilindustrie zu spüren.

Allein in Deutschland wurden nach Berechnungen von A.T. Kearney etwa 5000 Jobs abgebaut. Im Vergleich zum Ausland sei die deutsche Chemieindustrie zwar gut aufgestellt und sie habe auch schnell auf den massiven Auftragsrückgang in der Krise reagiert, erklärt A.T. Kearney. Dennoch stehe die Branche jetzt vor großen Herausforderungen. Der Wettbewerb um Rohstoffe, die Verlagerung der Kundenindustrien vor allem nach Asien und der

Aufstieg neuer Konkurrenten in den aufstrebenden Schwellenländern – all dies werde den deutschen Unternehmen noch heftig zusetzen.

„Der große Kapazitätsaufbau der vorigen Jahre, etwa in der Golfregi-

### Wie Deutschland aus der Krise kommt

on und China, wird Spuren hinterlassen“, sagt Thomas Rings von A.T. Kearney. Neue Petrochemie-Kapazitäten im Mittleren Osten „gefährden auch lokale Standorte in Deutschland“, ergänzt er. Und gerade die Golfstaaten hätten einen nur schwer schlagbaren Wettbewerbsvorteil: Sie sitzen direkt an der Quelle von Öl und Gas – den beiden Rohstoffen, die vielen Chemieprodukten zugrunde liegen.

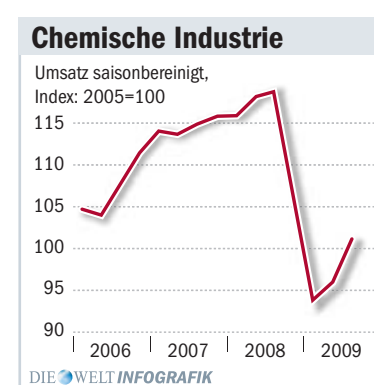
### Handlungsempfehlungen an die Politik

■ Investitionen sichern Wachstum und Jobs: Die neue Bundesregierung hat sich im Koalitionsvertrag für eine investitionsfreundliche Politik ausgesprochen. A.T. Kearney hält nun eine schnelle Umsetzung der vereinbarten Punkte für notwendig, damit Unternehmen Planungssicherheiten haben.

■ Die Experten der Unternehmensberatung fordern eine Kehrtwende bei den Regulierungen. Diese würden nur dazu führen, dass Wertschöpfung aus dem Markt genommen werde.

■ Ein Umdenken fordert A.T. Kearney auch bei einem der Schlüsselthemen der Zukunft: Biotechnologie. Deutschland droht hier wegen einer biotechnologischen Einstellung den Anschluss an die Weltspitze zu verlieren.

■ Die Bundesregierung sollte eine Offensive für Zukunftstechnologien starten und dafür auch finanzielle Anreize zur Verfügung stellen.



### WELT ONLINE

Studie: Telekommunikation schafft ein Job-Wunder  
welt.de/kearney

der Konkurrenz Paroli bieten. Zudem müssen sich die deutschen Chemiebranche im Massengeschäft durch effizientere Produktionsanlagen wettbewerbsfähig halten. Im renditestarken Spezialchemiegeschäft sei dies nur durch innovative Produkte zu erreichen.

„Innovative Produkte und Anwendungen sind daher unbedingt notwendig, um das Wachstum aufrecht erhalten zu können“, heißt es in der A.T. Kearney-Studie. Und das bezieht sich nicht nur auf die Großkonzerne, sondern schließt den Mittelstand ein. Attraktive Wachstumskerne könnten für die Unternehmen zum Beispiel die Bio- und Umwelttechnologie sein oder auch Nanotechnik und Polytronic, wie etwa beim Einsatz von Flüssigkristallen in Displays und Monitoren. In diesen Bereichen bestehe ein deutliches Beschäftigungs- und Umsatzpotenzial.

Das die neuen Herausforderungen auch die deutsche Chemiebranche treffen, steht außer Zweifel. Doch die Weltwirtschaftskrise könnte nun erst einmal dazu führen, dass die strukturellen Veränderungen sich verzögern. „Die deutschen Unternehmen sollten daher jetzt die Chance ergreifen und sich frühzeitig dem veränderten Umfeld anpassen“, sagt Rings-Kollege Tobias Fehre, und Rings selbst erläutert: „Das kann auch dazu führen, dass ein Unternehmen, etwa aus dem Mittelstand, sein gesamtes Geschäftsmodell auf den Prüfstand stellen muss.“

A.T. Kearney hat in der Studie „Nachhaltige Restrukturierung des Wirtschaftsstandortes Deutschland“ Schlüsselbranchen untersucht. Die WELT stellt die Ergebnisse exklusiv immer am Montag vor. Lesen Sie am 7. Dezember: die Aussichten für High Tech und Elektrotechnik.

## Industrieländer sollen für Pekings CO<sub>2</sub>-Vorstoß zahlen

Klimapolitik der Entwicklungsländer soll durch Zahlungen kompensiert werden – Europäer haben die Chance zum Vermitteln

Von Johnny Erling

PEKING – Der heute beginnende bilaterale China-EU-Gipfel in Nanking steht eine Woche vor Kopenhagen im Zeichen der Klimafrage. Eigentlich soll es vor allem um Wirtschaftserholung, Währungspolitik, Handelsfragen und Marktöffnung gehen. Die neue Pekinger Staatsratsinitiative zur CO<sub>2</sub>-Verminderung ist aber auch ein Hauptthema, zumal Pekinger Unterhändler der Klimapolitik immer lauter fordern, dass die Klimapolitik der Entwicklungsländer durch Zahlungen und Technologietransfer der Industrieländer kompensiert werden müsse. Daran könnten sich die Kopenhagener Gespräche noch festhängen.

Die Europäer haben jetzt die Chance zum Vermitteln. Chinas Premier Wen Jiabao, der in Nanking den Gipfel eröffnete und am Sonn-

tag die obersten europäischen Währungspolitiker traf, vertritt als höchster Klima-Unterhändler sein Land auch in Kopenhagen. In Gesprächen gerade in Peking mit Vertretern der G 77 Gruppe und der UNDP bekräftigte er, dass China bei der Klimapolitik mit seiner Festlegung hoher quantitativer CO<sub>2</sub>-Minderungsziele gerne eine Vorreiterrolle spielt. Die Absicht, den Anstieg der von China erzeugten Treibhausgas bis 2020 zu verlangsamen, sei ein „ernstes und feierliches Versprechen“ nicht nur gegenüber dem eigenen Land, sondern auch „Ausdruck globaler Verantwortlichkeit“, sagte Wen. Er traf sich mit Vertretern von Schwellen- und Entwicklungsländern, darunter Indien, Brasilien und Südafrika. Indiens Umweltminister Jairam

Ramesh sprach von einem „Weckruf“ für sein Land. Wir müssen nun über unsere Klimastrategie intensiv nachdenken und nach Flexibilität suchen“, zitierte ihn die Nachrichtenagentur Xinhua. Mit seiner Einspar-Initiative reagierte der Staatsrat postwendend auf den Vorstoß tags zuvor von US-Präsident Barack Obama mit dessen 17 Prozent Reduktionsangebot. Für viele in China kam das unerwartet. Noch am Tag vor der Staatsratsitzung hatte der vom Außenministerium beauftragte Unterhändler für Klimapolitik, Yu Qingtai, beim Treffen mit Korrespondenten versichert, dass nur die „reichen Staaten“, nicht aber China unter Handlungsdruck stünden. Pekings Staatsrat verabschiedete 24 Stunden später die „freiwillige“

### „Unser Ziel zur Reduktion von CO<sub>2</sub> ist zu hoch“

Klimaforscher Pan Jiahua

Verpflichtung zur CO<sub>2</sub>-Verminderung bis zum Jahr 2020, wobei China die Erzeugung von Treibhausgasen pro Einheit Wirtschaftsleistung um 40 bis 45 Prozent gegenüber dem Ausgangsjahr 2005 reduzieren will. Überrascht zeigte sich auch der Klimaforscher und Regierungsberater Pan Jiahua: „Unser Ziel von 40 bis 45 Prozent Reduktion ist zu hoch“ kritisierte Pan in der Pekinger Zeitung „Xin Jingbao“. Es sei nur schwer realisierbar. Bis zu 35 Prozent Verminderung wären „machbar“. 40 bis 45 Prozent seien zwar „möglich“, aber nur, wenn die Bali-Vereinbarung umgesetzt wird. Die Industrieländer hatten auf der Konferenz von Bali angeboten, mit Geld und Technologiehilfe Entwicklungsländer zu unterstützen, wenn diese freiwillig ihren CO<sub>2</sub>-Ausstoß vermindern, wozu sie nach dem Kyoto-Protokoll nicht gezwungen waren. Auch Klimaunter-

händler Yang Hongwei verlangte gestern in der Wochenzeitung „21. Jahrhundert Wirtschaftsboten“, dass die Bali-Übereinkunft Voraussetzung für die neuen CO<sub>2</sub>-Reduktionsziele sein muss. Pekings CO<sub>2</sub>-Ziele werden dagegen im Ausland von Umweltschutzgruppen als viel „zu gering“ kritisiert. Das Land habe 1990 bis 2005 ohne äußeren Druck durch seine Modernisierung und Schließung Tausender maroder Betriebe bereits seine CO<sub>2</sub>-Intensität um 44 Prozent verbessern können. Chinas Klimaforscher antworten darauf, dass es heute technologisch und finanziell wesentlich aufwendiger sei, die CO<sub>2</sub>-Bilanz zu verbessern. Der Disput berührt auch die Frage, wann Chinas CO<sub>2</sub>-Ausstoß, der zurzeit der höchste in der Welt ist, seine Obergrenze erreicht. Der Zentralbank-Forscher Zhang Jianjin geht unter den günstigsten Voraussetzungen vom Jahr 2021 aus.

## Gewalt-Proteste gegen Welthandelsorganisation in Genf

GENÈ – Bei einer Demonstration gegen das bevorstehende Ministertreffen der Welthandelsorganisation (WTO) in Genf ist es zu Ausschreitungen gekommen. Vermummte Autonome des Schwarzen Blocks setzten nach Polizeiangaben am Samstag Autos in Brand, schlugen Scheiben ein und verwüsteten Läden. 19 Personen wurden festgenommen. Eine 80-jährige Passantin stürzte im Gewühl und wurde mit einer Kopfverletzung ins Krankenhaus gebracht. Die Polizei sprach von 3000 Kundgebungsteilnehmern, die Organisatoren von etwa 5000. Als die Sachbeschädigungen voll im Gange waren, setzten die Beamten Tränengas ein. Um den „Schwarzen Block“ von den friedlichen Demonstranten trennen zu können, habe die Polizei den Demonstrationen unterbrechen müssen, teilten die Behörden mit.

Die Proteste richteten sich gegen

das WTO-Ministertreffen, bei dem die USA, China und andere Wirtschaftsmächte von Montag an einen Weg aus der Rezession suchen wollen. Gemäßigte Demonstranten zeigten sich empört, dass das Anliegen nicht mit friedlichen Mitteln vorgebracht werden konnte. „Probleme löst man nicht mit Gewalt“, sagte der Genfer Nationalrat Carlo Sommaruga. Die Demonstration sei ein starkes und internationales Zeichen gegen die Politik der WTO und deren soziale und ökologische Folgen gewesen, teilten die Organisatoren anschließend mit. Sie bedauerten, dass die Kundgebung nicht zu Ende geführt und nicht alle Reden gehalten werden konnten. In einem Kommuniqué verurteilten die Organisatoren zudem jegliche Polizeirepression und riefen die Genfer Regionalregierung auf, die Einhaltung der Gesetze vorbehaltlos zu überwachen. AP